

S a b u n g e n

der

Studentenschaft

der

Herzoglichen Technischen Hochschule
„Carolo-Wilhelmina“

zu

Braunschweig



Braunschweig 1912

Buchdruckerei des Herzoglichen Waisenhauses

S a z u n g e n

der

Studentenschaft

der

Herzoglichen Technischen Hochschule
„Carolo-Wilhelmina“

zu

Braunschweig



Braunschweig 1912

Buchdruckerei des Herzoglichen Waisenhauses

Braunschweig

1) Studenten

2) Technische Hochschule



12

Die Bestimmungen dieser Satzungen gelten für jeden Studierenden und Fachhörer der Herzoglichen Technischen Hochschule „Carolo-Wilhelmina“ zu Braunschweig.

Jeder Studierende und Fachhörer ist verpflichtet, auf der Kanzlei eine Berechtigungskarte zum Besuch der Studentenversammlungen und zur Benutzung der übrigen gemeinsamen Einrichtungen und Veranstaltungen der Studentenschaft zu lösen. Der hierfür zu entrichtende Betrag wird für jedes Semester durch Beschluß der Studentenversammlung festgesetzt und bedarf der Genehmigung von Rektor und Senat.

A. Vom Ausschuß der Studierenden.

§ 1.

Der Ausschuß der Studierenden ist eine Vertretung der Studierenden und Fachhörer zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen und zur Regelung ihres gemeinschaftlichen Auftretens nach außen.

Der Ausschuß wird von Rektor und Senat anerkannt, wenn die Wahl satzungsgemäß stattgefunden hat. Er beruft und leitet die Studentenversammlungen und führt deren Beschlüsse aus. Zur Erledigung besonderer Geschäfte können zur Unterstützung des Ausschusses Kommissionen gebildet werden, deren Vorsitzender und Berichterstatter in der Ausschußsitzung gewählt werden.

§ 2.

Zusammensetzung des Ausschusses.

Die Ausschußvertreter müssen Reichsdeutsche und Studierende sein.

Der Ausschuß besteht aus je einem ständigen Vertreter einer jeden Korporation und aus Vertretern der einer Verbindung.

nicht angehörenden Studierenden und Fachhörer, welche am Ende eines jeden Semesters gewählt werden. Vereine, die Angehörige von Korporationen als Mitglieder aufnehmen, haben im Ausschuß keine Vertretung.

Nur diejenigen neu gegründeten Korporationen haben das Recht, einen Vertreter in den Ausschuß zu entsenden, die bei ihrer Gründung einen Aktivenbestand von zwölf Mitgliedern nachweisen können und deren Mitgliederzahl in vier aufeinander folgenden Semestern nicht unter zwölf sinkt.

Korporationen, die länger als vier Jahre suspendiert waren, gelten, falls sie sich wieder auftun, für den Ausschuß als neu gegründet.

§ 3.

Wahl der Vertreter der Nichtverbindungsstudenten.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Studierenden und Fachhörer und solche, die nach B. § 11 das Stimmrecht erhalten haben.

Die Liste, welche die Namen der sämtlichen einer Verbindung nicht angehörenden wahlberechtigten Studierenden und Fachhörer und derjenigen Korporationsstudenten, die keinen ständigen Vertreter im Ausschuß haben, enthält, muß acht Tage vor der Wahl im Lesezimmer ausliegen.

Die Ausschußvertreter der einer Verbindung nicht angehörenden Studierenden und Fachhörer und derjenigen Korporationsstudenten, die im Ausschuß keinen ständigen Vertreter haben, werden in folgender Weise bestimmt:

Der Ausschuß fordert mindestens fünf Wochen vor Schluß des Semesters durch einen Anschlag die Kandidatenmeldungen der Nichtverbindungsstudenten ein. Wählbar sind auch Nichtverbindungsstudenten, die nicht auf der Kandidatenliste stehen. Der Ausschuß bestimmt den Wahltag und den Wahlort. Die Wahl muß mindestens 14 Tage vor Schluß des Semesters stattfinden, die Kandidatenliste und der Wahltermin müssen sechs Geschäftstage vorher am schwarzen Brett bekannt gegeben werden. Die Wahl findet von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr in einem geeigneten Raume der Hochschule statt.

Die Wähler haben sich vor Abgabe ihrer Stimme in eine Liste einzutragen und auf Verlangen ihre Erkennungskarte vorzuzeigen. Die Wahl geschieht durch Einwurf geschlossener

Stimmzettel, die vom Ausschuss geliefert werden, in die Wahlurne. Jeder Umschlag muß einen und nur einen Stimmzettel enthalten. Die Stimmzettel haben an erster Stelle den Namen des vom Wähler gewünschten Kandidaten zu enthalten, an zweiter Stelle die Namen aller der Kandidaten, auf welche die Stimme übertragen werden darf. — Außerdem haben die Stimmzettel für jeden Kandidaten den Namen eines Ersatzmannes zu enthalten, der nicht gleichzeitig als Kandidat aufgeführt sein darf. Genügt ein Stimmzettel diesen Vorschriften nicht, so ist die Stimme ungültig.

Auf je 25 abgegebene gültige Stimmen kommt ein Vertreter in der Weise, daß 26 Stimmen 2, 51 Stimmen 3 Vertreter erhalten usw.

Erhält ein Kandidat mehr als 25 erste Stimmen, so sind die überflüssigen Stimmen auf die verschiedenen an zweiter Stelle enthaltenen Namen zu übertragen und zwar im Verhältnis der auf diese Namen lautenden Stimmzettel. Gewählt sind die Kandidaten, die nach dieser Stimmenübertragung die meisten Stimmen erhalten. Bei Stimmengleichheit ist derjenige gewählt, dessen Name sich auf sämtlichen Stimmzetteln am häufigsten findet. — Sofern für einen gewählten Vertreter mehrere Ersatzmänner namhaft gemacht sind, gilt derjenige als gewählt, welcher die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigt.

Der Vorsitzende des Ausschusses hat gemeinschaftlich mit zwei Ausschußmitgliedern das Wahlergebnis festzustellen und am schwarzen Brett bekannt zu machen. Auch darf er die Wahllisten jederzeit einsehen.

Scheidet ein Vertreter aus dem Ausschusse aus, so tritt sofort mit allen Rechten und Pflichten der für ihn gewählte Ersatzmann an seine Stelle. Beim Austritt dieses Ersatzmannes geht die Stimme verloren.

§ 4.

Vom engeren Ausschuss.

Aus den ständigen Ausschußvertretern bildet sich ein engerer Ausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Rassenführer.

Mitglieder des engeren Ausschusses können nur solche Studierende werden, die im Besitze des Reisezeugnisses einer

neunklassigen Schule sind oder der Abteilung V angehören und mindestens zwei Semester an hiesiger Hochschule studiert haben.

Die Wahl des engeren Ausschusses findet in der ersten Ausschusssitzung eines jeden Semesters in geheimer Abstimmung und in getrennten Wahlgängen statt. Sie wird geleitet vom semesterältesten Ausschussmitglied. Die Wahl geschieht durch Stimmzettel mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Mitglieder des engeren Ausschusses, die nach § 7 Absatz 2 ihre Stimme verloren haben, scheiden aus dem engeren Ausschuss für das laufende Semester aus.

§ 5.

Rechte und Pflichten des engeren Ausschusses.

Der Vorsitzende leitet als Sprecher die Ausschusssitzungen.

Der Schriftführer hat für die Anschläge und die Erledigung der Brieffschaften zu sorgen. Er verfaßt die Sitzungsberichte des Ausschusses, die Berichte über die Studentenversammlungen und den Semesterbericht.

Der Kassensführer verwaltet die Kasse und das Inventar. Er hat den Kassenbericht anzufertigen.

Der engere Ausschuss kann jedes Mitglied des Ausschusses zur Unterstützung heranziehen.

Die Führung aller Ämter ist eine persönliche.

§ 6.

Rechte und Pflichten des Ausschusses.

Der Ausschuss hat die Beratungen der Studentenversammlung vorzubereiten und die nötigen Grundlagen für sie zu beschaffen.

Es müssen demnach sämtliche Punkte der Tagesordnung der Studentenversammlung vorher im Ausschuss beraten und genehmigt werden.

Jeder Studierende hat das Recht, Anträge an den Ausschuss zu stellen. Diese sind, sofern sie von Nichtangehörigen des Ausschusses gestellt werden, schriftlich beim Ausschuss einzureichen. Der Ausschuss hat darüber zu beraten und sie auf Verlangen des Antragstellers in der nächsten Studentenversammlung zur Sprache zu bringen. Den Antragstellern und Kommissionsmitgliedern steht das Recht zu, sich mündlich mit dem Ausschuss zu beraten.

§ 7.

In den ordentlichen Ausschusssitzungen sind nur die ständigen Vertreter stimmberechtigt. Die Sitzung ist beschlußfähig bei Anwesenheit von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder. Entsteht bei Abstimmung Stimmengleichheit, so wird der betreffende Punkt vertagt. Tritt bei der zweiten Beratung wieder Stimmengleichheit ein, so entscheidet der Vorsitzende.

Ist ein ständiger Vertreter verhindert, so hat er selber einen Stellvertreter zu bestimmen. Versäumt ein Vertreter zweimal hintereinander eine ordentliche Ausschusssitzung, ohne für einen Stellvertreter zu sorgen, so geht die durch ihn vertretene Stimme für das laufende Semester verloren.

Versäumnis einer Ausschusssitzung oder amtlichen Angelegenheit wird mit 2 *M.*, Verspätung mit 50 Pf. für jede angebrochene Viertelstunde bestraft. Außerdem können Ordnungsstrafen für andere Fälle verhängt werden. Diese Strafgebühren fließen der Ausschussschasse zu.

§ 8.

Alle besonderen Ausgaben des Ausschusses bedürfen vorher der Genehmigung der Studentenversammlung. In dringenden Fällen hat jedoch der Ausschuss das Recht, eine Ausgabe bis zur Höhe von 100 *M.* ohne diese Genehmigung zu machen.

§ 9.

Geschäftsordnung des Ausschusses.

Die Amtstätigkeit des Ausschusses beginnt mit der ersten ordentlichen Ausschusssitzung und endet mit der letzten Ausschusssitzung des Semesters.

In der ersten, von der Ferienkommission einzuberufenden ordentlichen Ausschusssitzung wird zunächst der engere Ausschuss gewählt. Die Zusammensetzung des engeren und weiteren Ausschusses muß zehn Tage nach Semesterbeginn am schwarzen Brett angeschlagen sein.

Jede Woche findet eine ordentliche Ausschusssitzung in einem geeigneten Raume der Hochschule statt. Tag und Stunde müssen am schwarzen Brett mindestens 48 Stunden vorher bekannt gemacht werden. In dringenden Fällen außerordentliche Sitzungen

anzuberaumen, bleibt dem Vorsitzenden überlassen; jedoch sind diese Sitzungen nur für Beschlüsse zuständig, die sich aus der Veranlassung zur Einberufung ergeben.

Über die Ausschusssitzungen ist ein Bericht anzufertigen, der in der nächsten Sitzung genehmigt und in ein besonderes Buch eingetragen wird.

In der letzten ordentlichen Ausschusssitzung muß der Semesterbericht zur Genehmigung vorliegen.

Ferner ist aus dem Ausschuss eine Ferienkommission und eine Revisionskommission zu bilden. Letztere prüft Kasse, Akten und Inventar des Ausschusses und hat darüber in der letzten ordentlichen Ausschusssitzung Bericht zu erstatten. Die Ferienkommission erledigt während der Ferien die laufenden Geschäfte und legt in der ersten Ausschusssitzung des neuen Semesters Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab.

Die Entlastung des Ausschusses und der Ferienkommission erfolgt erst auf der ersten ordentlichen Studentenversammlung des neuen Semesters.

§ 10.

Absetzung von Ausschussmitgliedern und Auflösung des Ausschusses.

Wird die Absetzung eines einzelnen Ausschussmitgliedes auf der Studentenversammlung beantragt, so ist zur Annahme dieses Antrages eine Zweidrittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig. Ein abgesetzter Ausschussvertreter kann nicht mehr in den Ausschuss gewählt werden. Sein Sitz geht für das laufende Semester verloren.

Eine Auflösung des Ausschusses kann nur in der Studentenversammlung beantragt werden. Der Antrag bedarf zur Annahme Zweidrittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Erfolgt die Auflösung des Ausschusses, so übernimmt der an Semestern älteste anwesende Studierende den Vorsitz. Über den Verbleib von Kasse, Akten und Inventar beschließt die Versammlung.

B. Sitzungen für die Studentenversammlungen.

§ 1.

Studentenversammlungen werden vom Ausschuß einberufen. In jedem Semester finden mindestens zwei ordentliche Studentenversammlungen statt, die eine zu Anfang, die andere mindestens 14 Tage vor Schluß. Außerdem finden nach Bedarf außerordentliche Versammlungen statt.

Auf Antrag von mindestens 25 stimmberechtigten Studierenden muß der Ausschuß binnen acht Tagen eine außerordentliche Studentenversammlung berufen.

§ 2.

Die Berufung von ordentlichen und außerordentlichen Studentenversammlungen geschieht durch Anschlag am schwarzen Brett mit Angabe der Tagesordnung. Der Wortlaut von Anträgen ist zu gleicher Zeit im Lesezimmer anzuschlagen.

Der Anschlag ist bei ordentlichen Versammlungen wenigstens acht Tage, bei außerordentlichen 48 Stunden vorher am schwarzen Brett anzubringen. Anträge zur Aufnahme neuer Punkte in die Tagesordnung sind mindestens 24 Stunden vorher an den Ausschuß einzureichen.

§ 3.

Die Versammlungen leitet der Vorsitzende des Ausschusses. Der Schriftführer schreibt den Bericht. Ist der Vorsitzende verhindert, so vertritt ihn der Kassensführer.

§ 4.

Jede ordnungsgemäß einberufene Studentenversammlung ist beschlußfähig, wenn kein Einspruch dagegen erhoben wird. Sollte Einspruch gegen die Beschlußfähigkeit erhoben werden, so ist vom Vorsitzenden festzustellen, ob die Versammlung der Zahl der Stimmberechtigten nach mindestens die Hälfte aus der Summe der zur Zeit der Ausschußwahl stimmberechtigten Angehörigen jeder Korporation, die nach A. § 2 einen ständigen Vertreter im Ausschuß besitzt, und derjenigen Studierenden und Fachhörer zählt, die sich nach A. § 3 an der Ausschußwahl beteiligt haben.

Sollte dies nicht der Fall sein, so sind doch alle bis zur Feststellung der Nichtbeschlußfähigkeit gefaßten Beschlüsse gültig. Die aus Anlaß einer nicht beschlußfähigen Versammlung berufene nächste ordentliche oder außerordentliche Versammlung ist für dieselbe Tagesordnung immer beschlußfähig.

Stimme haben alle in der Versammlung Anwesende, die nach B. § 11 stimmberechtigt sind.

§ 5.

Nach Eröffnung der Versammlung ist zunächst die Tagesordnung zu verlesen. Der Vorsitzende hat das Recht, Änderungen in der Reihenfolge der Tagesordnung nach eigenem Ermessen vorzunehmen.

Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, können nach deren Erledigung zur Sprache gebracht werden. Eine Abstimmung darf jedoch nur dann stattfinden, wenn aus der Versammlung kein Widerspruch erhoben wird.

§ 6.

Die Redner haben sich zum Worte zu melden und erhalten es gemäß der Rednerliste. Anträge an die Versammlung sind dem Versammlungsleiter schriftlich einzureichen und von ihm sofort zu verlesen.

Bei der Aussprache über einen Antrag erhält der Antragsteller das erste und letzte Wort. Ist für eine Angelegenheit eine Kommission gewählt, so erhält deren Sprecher jederzeit das Wort.

§ 7.

Tatsächliche Berichtigungen sind jederzeit erlaubt, es erhält jeder Anwesende dazu ohne weiteres das Wort.

Persönliche Bemerkungen sind nur nach Schluß der Debatte statthaft. Sie finden ihren Abschluß nach dem Ermessen des Vorsitzenden.

§ 8.

Der Vorsitzende ist berechtigt, die Redner auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzuweisen; ist dies in der nämlichen Rede zweimal ohne Erfolg geschehen, so kann ihm der Vorsitzende das Wort entziehen. Bei Verstößen gegen die parla-

mentarische Schiedlichkeit ist der Vorsitzende berechtigt, dem Redner einen Ordnungsruf zu erteilen oder ihm sofort das Wort zu entziehen.

Wenn in der Versammlung störende Unruhe entsteht, so kann der Vorsitzende die Versammlung aussetzen oder ganz aufheben.

§ 9.

Jeder Studierende und Fachhörer hat das Recht, zu jeder Zeit einen Antrag auf Schluß der Rednerliste (Debatte) zu stellen. Der Vorsitzende hat darauf die Namen derjenigen Herren zu verlesen, die noch auf der Rednerliste stehen und über den Antrag abstimmen zu lassen. Wird der Antrag angenommen, so erhalten noch die Herren der Rednerliste das Wort, sowie die Herren, die nach § 6 die Berechtigung dazu haben.

§ 10.

Ein Antrag ist angenommen, wenn sich die einfache Mehrheit der abstimmenden Stimmberechtigten dafür entscheidet. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Zu Satzungsänderungen ist Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. (Siehe auch A. § 10)

Beschlüsse der Studentenversammlung werden rechtesgültig, wenn nicht innerhalb von fünf Tagen Berufung bei Rektor und Senat durch Vermittelung des Ausschusses eingelegt wird.

§ 11.

Stimmberechtigt sind nur Reichsdeutsche. Ausländern deutscher Abstammung kann auf Grund eines schriftlichen Antrages vom Ausschuß Stimmberechtigung erteilt werden, wenn der Antragsteller bereits ein Semester an hiesiger Hochschule studiert hat und wenn sein Antrag von zwölf reichsdeutschen Studierenden unterstützt wird.

§ 12.

Gegen die Anordnungen des Vorsitzenden kann nur auf dem Wege der Berufung an die Versammlung Einsprache erhoben werden. In diesem Falle hat der Vorsitzende sein Amt dem Rassenführer zu übergeben.

§ 13.

Der Bericht über eine Versammlung ist in der nächsten ordentlichen Studentenversammlung zu genehmigen.

In der ersten ordentlichen Studentenversammlung eines jeden Semesters sind vom Ausschuß der Rassenbericht des Rassenführers und der Semesterbericht über das vergangene Semester zur Genehmigung vorzulegen.

Die Berichte sind vom Schriftführer des Ausschusses in besondere Bücher einzutragen, welche dauernd aufbewahrt werden müssen.

Genehmigt

durch Senatssitzung vom 26. Februar 1912.

